



# GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

**Ausgabe**  
**28.12.2009**

## Unsere Themen:

Umfrage Gewalt gegen  
Polizeibeamte  
**Landesvorsitzender  
schreibt an Leiter der  
Landespolizei-  
direktionen und des  
Bereitschafts-  
polizeipräsidiums**  
( Seite 2 )

Konrad Freiberg  
**Steuergeschenke  
auf Kosten der  
inneren Sicherheit**  
( Seite 3 )

Neuerungen im  
neuen Jahr:  
**Das ändert sich  
2010 für Autofahrer**  
( Seite 4 )

Umfrage  
**Deutsche verlieren  
Vertrauen in Politiker  
und Manager**  
( Seite 5 )

Jubiläum:  
**40 Jahre  
Bereitschaftspolizei  
Bruchsal**  
( Seite 5 )

## Impressum

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei Mann-  
heim, Vorstand, B 6, 4-5 / 68159  
Mannheim, Telefon 0621/174-4226  
Fax: -3999  
Email: [info@gdpmannheim.de](mailto:info@gdpmannheim.de)  
Internet: [www.gdpmannheim.de](http://www.gdpmannheim.de)  
Redaktion: Thomas Mohr



Immer auf Ballhöhe mit der *GdP aktiv*:

## Wir wollen, dass unsere Mitglieder gut informiert sind

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

das alte Jahr geht so langsam dem Ende zu und 2010 steht vor der Tür. Wir freuen uns darüber, dass wir in diesem Jahr mit insgesamt über 50 Ausgaben wöchentlich unsere Kolleginnen und Kollegen über aktuelle Themen und Entwicklungen informieren können.

Nie waren die GdP-Mitglieder so gut mit Informationen versorgt worden.

Das soll auch künftig so sein und wir wollen da unseren GdP-Service noch erweitern. Freude macht es uns natürlich, wenn man über gewerkschaftliche Highlights berichten kann wie zum Beispiel die Einführung des GdP-Phone.

Da haben wir eine richtige Punktlä-

sung erzielt und dies hat auch gezeigt, dass es sich lohnt GdP-Mitglied zu sein.

Erfolge wie z.B. die Einführung eines Polo-Shirts, einer Basecap und die Beibehaltung der Lederjacke bei der blauen Dienstkleidung dürfen wir auf unsere Fahne schreiben.

Für 2010 stehen viele gewerkschaftliche und dienstliche Herausforderungen bevor, die wir mit unserer gut aufgestellten GdP-Mannschaft anpacken wollen und wir hoffen, dass wir weiterhin auf die Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen zählen können, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Wir wünschen allen einen guten Rutsch ins neue Jahr und denen, die an Silvester und Neujahr arbeiten müssen, einen ruhigen Dienst. Die Redaktion (TM)



# Umfrage Gewalt gegen Polizeibeamte

## GdP-Landesvorsitzender schreibt an Leiter der Landespolizeidirektionen und des Bereitschaftspolizeipräsidiums

Sehr geehrte Herren,

in den letzten Tagen ging Ihnen allen Post von einer „Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte der Polizei“ zu.

Zum Inhalt dieses Anschreiben möchte ich mich hier gar nicht äußern. Ich füge jedoch diesbezüglich ein Schreiben von Prof. Dr. Thomas Görge, Fachbereich Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster bei (*wurde in der letzten GdP-aktiv veröffentlicht*), welches genügend Aussagekraft besitzt.

Ich möchte vielmehr auf einen anderen, landespersonalvertretungsrechtlichen, Aspekt hinweisen. Ein Zusammentreffen von Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte der Polizei bei den Regierungspräsidien kann, aufgrund fehlender rechtlicher Legitimation, lediglich ein privater, formloser Infoaustausch darstellen, bei dem sich die Vorsitzenden generell über die Arbeit in den jeweiligen Gremien unterhalten.

Beschlüsse können dort ebenso wenig getroffen werden, wie Aktionen vorbereitet oder Meinungsäußerungen daraus unter einem imaginären Briefkopf verbreitet werden.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte der Polizei gibt es nicht, sie

hat keine Legitimation. Die an einem solchen formlosen Treffen teilnehmenden Vorsitzenden können dort lediglich ihre eigene Privatmeinung darlegen. Sie haben auch in keiner Weise die Legitimation ihres Gremiums vor diesem Treffen zu besagtem Sachverhalt eingeholt. Im konkreten Fall geht es also lediglich um eine persönliche Meinungsäußerung der Mehrheit der Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte.

Inwieweit sich eine nichtexistente Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte der Polizei ohne vorherige Gremienabstimmung zu einem Beschluss der Innenministerkonferenz äußern und öffentlich Stellung dazu beziehen kann, erscheint mehr als fraglich.

Gewerkschaftsarbeit und Personalratsarbeit bedingen zwar einander, dennoch sind Personalräte und rechtlich nicht verankerte Treffen von die Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte – auch wenn sie sich nach landespersonalvertretungsrechtlich nicht verankerten Treffen – öffentlich äußern

- a. an Gremienbeschlüsse und
- b. an eine gewisse Neutralität gebunden.

Nicht nur als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sondern auch als Polizeibeamter



**Rüdiger Seidenspinner**  
GdP-Landesvorsitzender

und Mitglied im Bezirkspersonalrat der Polizei beim Regierungspräsidium Karlsruhe und im Namen weiterer Mitglieder in diversen Bezirkspersonalräten der Polizei möchte ich hiermit mitteilen, dass aus den o.g. Gründen heraus das Ihnen vorliegende Schreiben jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrt und inhaltlich ausschließlich eine private, nicht gremiengestützte Meinungsäußerung darstellt.

Mit freundlichen Grüßen  
**Rüdiger Seidenspinner**  
Landesvorsitzender

## Steuergeschenke auf Kosten der inneren Sicherheit

**Berlin. Für die Steuergeschenke der Bundesregierung werden nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Bürgerinnen und Bürger mit einem Verlust an innerer Sicherheit bezahlen. Nach der Wirtschaft- und Finanzkrise drohe jetzt die Fiskalkrise.**

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Das von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble angekündigte Milliardenparpaket ist nur die Spitze des Eisberges. Die Schuldenbremse zwingt auch die Länder zu drastischen Kürzungen und Einschränkungen der öffentlichen Dienstleistungen im kommenden Jahr. Freiberg: „Pläne für einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst um bis zu 20 Prozent liegen bereits in der Schublade.“

Bereits jetzt arbeite die Polizei aufgrund des wachsenden Aufgabenberges am Limit. Freiberg: „Noch weniger Polizei in Zukunft wird zu einer ernsthaften Gefährdung des Schutzes der Bevölkerung vor Verbrechen führen. Eine weitere drastische Einschränkung staatlicher Leistungen führt zu einer Legitimationskrise des Staates.“



Wenn den Bürgern deutlich werde, so Freiberg, dass sie die Zeche für das unverantwortliche Verhalten der Finanzjongleure bezahlen müssen, werden sie mit Unverständnis und Zorn darauf antworten.



## Neuerungen im neuen Jahr:

# Das ändert sich 2010 für Autofahrer

**Obwohl die neue Regierung noch nicht viele Hausaufgaben erledigt hat, stehen einige Änderungen schon fest, die 2010 auf die Autofahrer zukommen. Hier erfahren Sie Einzelheiten.**

Quelle: Auto Club Europa (ACE)

### Online-Methode bei der Fahrzeugzulassung

Künftig soll die Zulassung eines Fahrzeugs vereinfacht werden. In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen soll das Zulassungsverfahren für Kraftfahrzeuge auf der Grundlage einer bereits erfolgten Änderung des StVG probeweise auf eine Online-Zulassung umgestellt werden. Unklar ist noch, welche Verfahrenselemente online zur Verfügung gestellt werden sollen.

### Tempo 100 für schwere Wohnmobile

Wer mit einem Wohnmobil von mehr als 3,5 bis 7,5 Tonnen unterwegs ist, darf auch künftig maximal 100 km/h fahren. Für solche Wohnmobile gilt gleichwohl ein Lkw-Überholverbot. Damit wird die ursprünglich von 2005 bis 2009 befristete Ausnahmebestimmung zur fortdauernden Regel gemacht.

### Strafe bei erloschener Betriebserlaubnis

Europarechtliche Vorgaben werden dazu führen, dass der Tatbestand "Trotz erloschener Betriebserlaubnis in Betrieb gesetzt" in den Bußgeldkatalog aufgenommen wird. Für herkömmliche Fahrzeuge ist ein Regelsatz von 90 Euro vorgesehen. Verstöße mit einem Lkw oder Omnibus werden mit einem Bußgeld in Höhe von 180 bzw. 270 Euro geahndet. Der Halter, der den Verstoß zugelassen oder angeordnet hat wird mit einem Bußgeld von 135 Euro belegt.

### Kat-Nachrüstung bei älteren Pkw

Mehr Rechtssicherheit soll in Zukunft bei der Nachrüstung von älteren Pkw mit Katalysatoren oder sonstigen abgasverbessernden Systemen herrschen. In einer Ausnahmeverordnung zur Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), sollen Inhalt und Verfahren

festgelegt werden, um eine Allgemeinen Betriebserlaubnis durch den Produkthersteller zu erlangen.

### Neuer Anlauf bei EU-Knöllchen

Bei den EU-Knöllchen unternimmt Europa einen weiteren Versuch, Verkehrsverstöße nicht nur zu ahnden, sondern auch im Ausland zu vollstrecken. Deswegen sollten sich Autofahrer, die im Ausland einen Verkehrsverstoß begehen, vor Bestrafung nicht allzu sicher fühlen. In einigen Staaten wird schon jetzt sofort kassiert oder eine Sicherheitsleistung verlangt. Zudem gibt es bereits jetzt Einzelabkommen mit einigen Nachbarländern wie Österreich, die ein Eintreiben der Geldbuße ermöglicht. Wer nicht zahlt, riskiert Ärger bei einer erneuten Einreise.



### Neue Umweltzonen

Neue Umweltzonen werden in Baden-Württemberg vom 1. Januar in Heidelberg, Freiburg und Pfinztal eingerichtet. In NRW ziehen Bonn und Münster mit. In Münster gilt direkt ab der Einführung für Fahrzeuge mit roter Plakette ein Fahrverbot. Diesen Weg gehen auch Köln und Bremen ab Anfang Januar, und gleiches gilt ab dem 1. Oktober auch für Augsburg. Noch schärfer sind die Vorschriften in Berlin und Hannover, wo ab Jahresbeginn nur noch die grüne Plakette zulässig ist. Am 4. Januar 2010 tritt die Umweltzone im niedersächsischen Osnabrück in Kraft.

### Förderung für Partikelfilter-Nachrüstung endet 2009

Eigentlich sollte der staatliche Zuschuss von 330 Euro für die Nachrüstung sei-

nes Diesel-Autos mit einem Partikelfilter Ende 2009 auslaufen. Aufgrund der schwachen Nachfrage will die Bundesregierung die Maßnahme jedoch verlängern (Stand 16.12.). Mit der Filternachrüstung ist ein Umwidmung der roten Plakette auf eine gelbe oder grüne möglich. Dies ist von Bedeutung, weil mit dem Jahreswechsel wie beschrieben die Auflagen von Umweltzonen vielerorts verschärft werden.

### Plakette für AU entfällt

Ab 2010 hat die eigenständige Plakette für die Abgasuntersuchung am vorderen Kennzeichen ausgedient. Die Messung, ob die Abgaswerte den gültigen Werten entsprechen, wird in die Hauptuntersuchung integriert. Wahlweise kann die AU auch in einer Fachwerkstatt durchgeführt werden – der Beleg darüber muss dann dem HU-Prüfingenieur vorgelegt werden. HU-Prüfer erkennen jedoch ab dem kommenden Jahr nur noch AU-Nachweise mit Merkmalen an, die als fälschungssicher angesehen werden.

### Kfz-Steuer: Förderung endet 2010

Nur noch bis zum 31.12.2010 gilt die Befreiung von der Kfz-Steuer, wenn sich Autokäufer während der kommenden Monate für einen umweltfreundlichen Pkw entscheiden, der der Euro-5- oder Euro-6-Norm entspricht. Die Bereitschaft, solche Autos zu kaufen, ist nach einer Studie des Auto Club Europa bei Autokäufern in Hamburg am größten, obwohl es dort bislang keine Umweltzonen gibt.

### Maut in Österreich und Tschechien

Für Pkw und Motorräder wird die österreichische Streckenmaut bereits zum 1. Dezember 2009 angehoben. Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht bis zu 3,5 Tonnen werden für die 10-Tage-Vignette mit 7,90 Euro zur Kasse gegeben, die zwei-Monats-Vignette schlägt mit 22,90 Euro zu Buche. Eine Jahresvignette wird mit 76,20 Euro in Rechnung gestellt. Für ein Motorrad wird nun ein Betrag von 4,50 pro zehn Tage erhoben, zwei Monate kosten 11,50 Euro. Eine Jahresvignette kann für 30,40 Euro erworben werden. In Tschechien wird vom 1. Januar 2010 an die Maut auf gebührenpflichtigen Straßen auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht ausgeweitet.



## Zum Jahreswechsel:

# Auch das gibt es ab 2010

### 2010 wird der Elektronische Personalausweis eingeführt



Von November 2010 an wird dieser den bisherigen Personalausweis ablösen. Was er kosten soll, ist noch nicht klar. Fingerabdrücke sind beim neuen Ausweis freiwillig. Wie beim Reisepass wird ein biometrisches Lichtbild digital auf einem Chip im Ausweis gespeichert. Darauf sollen dann aber nur Polizei und Grenzer Zugriff haben. Erstmals können Bürger Ihren Personalausweis auch als Internet-Ausweis oder mit einer 'qualifizierten elektronischen Signatur' programmieren lassen.

### Neue Steuerklasse –IV plus Faktor

2010 wird endlich eine neue Steuerklasse eingeführt. Die Steuerklasse IV plus Faktor. Ehegatten, die beide berufstätig sind, konnten bisher nur zwischen den Kombinationen der Steuerklassen III/V und IV/IV wählen. Meistens hat sich derjenige für Steuer V entschieden, der weniger verdiente. Bei der Kombination IV/IV geht man davon aus, dass beide Ehepartner in etwa ein gleiches Einkommen haben. Die neue Steuerklasse IV plus Faktor soll dem geringeren Verdienenden Steuergerechtigkeit bringen. Damit steht dem weniger verdienenden Ehepartner auch die persönliche Berücksichtigung des Grundfreibetrags und der Versorgungspauschale zu. Berufstätige Ehepaare können gegen Vorlage beider Steuerkarten beim Finanzamt die neue Steuerklassenkombination eintragen lassen. Die neuen Lohnsteuerkarten wurden bereits verschickt. Tipp: Denken Sie auch dran, mögliche Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte eintragen zu lassen.



### Die Rürup Rente – Erhöhung um 2 Prozent



Für 2010 gilt, dass ein Single für seine Rürup Rente, das ist das Pendant zur Betriebsrente für Selbstständige, jährlich 70 Prozent von maximal 20.000 Euro steuerlich geltend machen kann. Für Verheiratete erhöht sich die Rürup Rente auf 70 Prozent von 40.000 Euro. (Nachzulesen im Einkommensteuergesetz § 10 abs. 3). Jedes Jahr erhöht sich der steuerfreie Anteil am Beitrag um 2 Prozent. Im Jahr 2025 ist dann der Maximalbetrag von 20.000 Euro erreicht. Ab dem Jahr 2025 können Rürup-Sparer dann 100 Prozent ihrer privaten Vorsorgeaufwendungen im Rahmen der jährlichen Einkommensteuererklärung beim Finanzamt geltend machen.

### Unterhaltszahlungen, Unterhaltsleistungen

Wer an eine bedürftige Person, Unterhaltszahlungen leistet, für den erhöht sich der steuerlich absetzbare Teil von 7.680 Euro auf 8.004 Euro pro Jahr. (§ 33 a Abs. 1 Einkommensteuergesetz, EStG) 2010 berücksichtigt das Finanzamt Unterhalt großzügiger.



Wer über die Grenze von 13.805 Euro hinaus Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für die Grundversorgung des geschiedenen oder getrennt lebenden Ehepartners übernimmt, kann diese ebenfalls als Sonderausgaben absetzen.

Derjenige, der die Versicherungsbeiträge erhält, muss sie versteuern. Im Gegenzug erkennt das Finanzamt die Beiträge auch bei ihm als Sonderausgaben an. Wer von beiden Versicherungsnehmer ist, spielt keine Rolle.

### Kindergeldanspruch für volljährige Kinder



Für volljährige Kinder, welche sich noch in der Ausbildung befinden, besteht nur dann ein Kindergeldanspruch, wenn das volljährige Kind kein eigenes Einkommen über dem festgelegten Grundfreibetrag für Kinder hat. Dieser Freibetrag hebt sich 2010 von 7.680 Euro pro Jahr auf 8.004 Euro im Jahr an. (Nachzuschlagen im EStG § 32 Abs. 4 S. 2.)

### Das Kindergeld – Erhöhung um 20 Euro

Das Kindergeld pro Kind steigt um 20 Euro.

### Der Grundfreibetrag – Erhöhung um 170 Euro

2010 erhöht sich der Grundfreibetrag von 7.834 Euro um 170 Euro auf 8.004 Euro für Singles. Bei Eheleuten gilt ein Grundfreibetrag beim Einkommen von 16.008 Euro an, also das Doppelte. (Geregelt im Einkommenssteuergesetz (EStG) § 32 a Abs. 1 S. 2 Nr. 1)



### Wichtig für Neurentner – Höhere Steuern



Für alle Neurentner gilt, die gesetzliche Rente wird 2010 höher versteuert werden. So sind 40 Prozent der gesetzlichen Rente steuerfrei. 60 Prozent müssen mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden. Ausgegangen wird von der Bruttojahresrente. Dazu kommen die Steuer auf sonstige Einnahmen wie Betriebsrenten, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. (Geregelt ist das in: § 22 Nr. 1 Buchst. a Doppelbuchst. EstG)

# Deutsche verlieren Vertrauen in Politiker und Manager

Quelle: [www.t-online.de](http://www.t-online.de)



Nach dem Krisenjahr 2009 haben die Deutschen weniger Vertrauen in die Politik als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.

70 Prozent der Befragten einer Studie für die Bertelsmann Stiftung zählen weder auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft noch auf das Bildungssystem und das soziale Netz, wie die "Welt am Sonntag" berichtete.

Fast jeder Zweite stelle deswegen die repräsentative Demokratie in Frage. "Selbst die soziale Marktwirtschaft wird längst nicht mehr so positiv gesehen wie früher", sagte Meinungsforscher

Peter Kruse, Leiter des Bremer Unternehmens Nextpractice, das die Studie erstellte.

**Steuersenkungen überzeugen nicht.** Weder das Bankenrettungspaket noch die Abwrackprämie seien in den Augen der Bürger geeignete Mittel gewesen, um die Krise zu bewältigen, so die Studie.

Auch das Steuersenkungspaket sei für die meisten keine vertrauensbildende Maßnahme.

Als wirksam werde dagegen die Entlastung der Familien bewertet. Auch Investitionen in Bildung und regenera-

tive Energien erfüllten in den Augen der Befragten noch ihren Zweck.

**Parteien nicht angesagt.** "Hinter dem ganzen Frust wächst eine extreme Bereitschaft, sich zu beteiligen, aber nicht mehr auf den klassischen Wegen in den Parteien", folgerte Kruse.

Die Menschen suchten nach neuen Formen des Mitmachens. "Partizipation ist das große Thema der nächsten Jahre", sagte er voraus. Eine neue Bewegung formiere sich: "Die wird noch stärker als die Ökologiebewegung der 80er Jahre."

## Auch unterwegs immer gut informiert

Immer und überall auf dem Laufenden sein - das GdP-Web bietet nun auch für alle, die viel unterwegs sind, aktuelle Informationen aus der GdP an jedem Ort.

Von Smartphone (BlackBerry, iPhone etc.) kann das immer aktuelle GdP-Nachrichten-Portal abgerufen werden.

Einfach

**„<http://m.gdp.de>“**

auf dem Smartphone abrufen und aktuelle GdP-News lesen .

**Schnell,  
einfach,  
übersichtlich.**





## Jubiläum:

# 40 Jahre Bereitschaftspolizei Bruchsal

Quelle: Innenministerium BW

„Hier in Bruchsal wurde das Bild einer Polizei geprägt, die Vertrauen und Wertschätzung verdient.“ Das sagte Innenminister Herbert Rech am, 11. Dezember 2009, bei der Feier zum 40-jährigen Bestehen der Bereitschaftspolizei Bruchsal. In den vergangenen vier Jahrzehnten sei die Bevölkerung direkt mit der Polizei in Verbindung gekommen und dabei hätte sich das Verhältnis positiv gewandelt. Die Polizei werde in der Bevölkerung als Freund und Helfer sehr geschätzt. Sie habe im Vergleich der Berufsgruppen bei Umfragen ein enorm hohes Ansehen.

Er wolle nicht verhehlen, dass heute mit Sorge auf gewaltsame Übergriffe gegen Polizeibeamte und auf eine neue Gewaltqualität im täglichen Dienst geblickt werden müsse. „Das will ich nicht relativieren, die Täter sind hemmungsloser und brutaler“, sagte Rech. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass die große Mehrheit der Bürger hinter ihrer Polizei stehe und auf sie als Garant der Sicherheit vertraue. „Die Polizei ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen“, betonte der Innenminister.

Das sei ein Verdienst, zu dem jede einzelne Polizeibeamtin und jeder einzelne Polizeibeamte täglich einen Beitrag leiste. Viel leiste die Bereitschaftspolizei auch polizeiintern: zum einen durch die Ausbildung junger Beamter und Beamtinnen, zum anderen durch die Unterstützung der Landespolizei auch über die Grenzen Baden-Württembergs und Deutschlands hinweg. Dazu zählten Demonstrationen, Fußballspiele, Staatsbesuche oder Volksfeste, auch größere Schadenslagen und Katastrophen, bei denen die „Bepo“ die Kollegen vor Ort immer wieder unterstütze



und entlaste. „Besonders durch Revierdienstabordnungen ist die Bereitschaftspolizei eine tragende Säule der Polizei“, sagte Innenminister Rech.

Am 29. September 1969 seien die Räumlichkeiten in Bruchsal bezogen worden. Das sei die Geburtsstunde der Bereitschaftspolizei Bruchsal mit den Schwerpunkten Ausbildung junger Polizeibeamter, Unterstützung des Einzeldienstes und Mitwirkung bei der Abwehr drohender staatsfeindlicher Gefahren gewesen. Die erste Bruchsaler Polizeigeneration werde eine lebendige Erinnerung an die eskalierende Gewaltspirale und die Straßenschlachten vor allem in Heidelberg haben. Die Proteste hätten in den 70er Jahren zu einer neuen Dimension schwerer Herausforderungen für die Polizei geführt, dem Terrorismus der RAF. „Mit Schauern denke ich an die blinde Gewalt, die reale Bedrohung, Anschläge, Morde und Fahndung nach den RAF-Terroristen und an die Todesopfer der Polizei“, sagte der Innenminister. Und in den Folgejahren sei es aufgrund des Kalten Kriegs, des NATO-Doppelbeschlusses und der Stationierung von Mittelstreckenraketen hitzig weitergegangen.

Dieser Blick in die Vergangenheit zeige, dass die zurückliegenden Herausforderungen und Belastungen, Stärken, Fehler und Lösungswege der Polizei Mut und Stärke verleihen würden.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei sei nach all den Jahren ständig hoch. „Sie sind Schutzmann und kompetenter Partner, auf der Höhe der Zeit und in der Mitte der Gesellschaft“, sagte Rech. „Tage wie dieser sollen vor allem - wie das Wort Jubiläum schon sagt - Anlass sein, sich zu freuen und zu feiern, den Erinnerungen Raum zu geben, die jeder ganz individuell mit diesem Ort verknüpft“, sagte Innenminister Rech.

Kein Polizeibeamter und keine Polizeibeamtin vergesse die Bereitschaftspolizei, in der er oder sie die ersten Schritte in Uniform gemacht habe. Wie kaum eine andere dienstliche Station sei die Bereitschaftspolizei immer auch ein emotionaler Ort, der Menschen zusammenführe, junge Polizeibeamte und -beamtinnen für ihren Weg stark mache und sie in die Polizeiwelt entsende.

Die GdP gratuliert der Bereitschaftspolizei Bruchsal zum 40-jährigen Bestehen und wünscht weiterhin alles Gute.